

Bremer Aufruf

Es ist Zeit, wieder für ein einiges Europa einzutreten!

Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, haben sechs europäische Staaten die Römischen Verträge geschlossen. Sie zogen damals mit dem Aufbau gemeinsamer Institutionen die Lehren aus den Schrecken zweier Weltkriege: Frieden kann in Europa nur gesichert werden, wenn der verheerende Nationalismus durch wirtschaftliche und politische Verflechtung der Völker und Staaten gebändigt wird. Und eine positive und einflussreiche Rolle kann Europa in der Welt nur spielen, wenn es seine Kräfte in freier Übereinkunft zusammenführt. Diese grundlegenden Lehren und diese Gründe für die europäische Integration drohten in den vergangenen Jahren in Vergessenheit zu geraten. Sie sind aber so aktuell wie vor 60 Jahren, wie der Blick auf Europa und seine Nachbarn zeigt.

Die Römischen Verträge waren der entscheidende Meilenstein eines politischen Projektes, das über viele Hindernisse und Krisen schließlich zur Europäischen Union mit jetzt (noch) 28 Mitgliedstaaten geführt hat. Es war und ist eine große Erfolgsgeschichte – so nachhaltig, dass uns die Erfolge weitgehend selbstverständlich erscheinen. Wir können frei und ohne Grenzkontrollen reisen. Wir können im Ausland leben, arbeiten und studieren. Wir nutzen die Vorteile der Arbeitsteilung und produzieren für einen großen Binnenmarkt; einen Binnenmarkt mit starken – wenn auch noch unvollkommenen – Regeln. Die europäischen Staaten helfen einander bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wir finden bei unseren Reisen und Geschäften überall die gleichen Regeln für Verbraucherschutz, für Umweltschutz, für Datenschutz vor. Wir müssen in vielen Ländern nicht einmal mehr die Währung wechseln. Nur die EU bietet internationalen Konzernen wie Google und Apple Paroli. In Europa schützen gemeinsame Grundrechte die Bürgerinnen und Bürger.

Durch all das ist kein Paradies entstanden. Soziale Ungleichheit gibt es immer noch, die Lasten sind ungerecht verteilt und der Klimawandel ist nicht gemeistert; über die richtigen Lösungen wird daher in der europäischen Politik genau so gestritten wie in der Politik im Bund, in den Ländern und Kommunen. Aber entscheidend ist: es ist ein politischer Raum entstanden, in dem die Widersprüche menschlichen Zusammenlebens in geordneten und friedlichen Bahnen behandelt werden können und nicht aggressiv Nation gegen Nation, Volk gegen Volk.

Aber das Erreichte ist nicht selbstverständlich und nichts ist unumkehrbar. Und es wird heute ernsthaft in Frage gestellt. Der große Crash konnte vermieden werden, aber die Banken- und Staatsschuldenkrise haben den Zusammenhalt erschüttert und die sozialen Spannungen erhöht. Die Flüchtlingsbewegungen haben Unwillen und Unfähigkeit vieler Mitgliedstaaten zu gemeinsamen und solidarischen Lösungen offenbart. Die zunehmende Unsicherheit in der Welt und in ihrer Folge die Verunsicherung vieler Menschen haben populistischen Bewegungen Raum gegeben, die eine Rückkehr zum Gestern empfehlen, Abschottung und Rückzug in die Nation; in Großbritannien hat diese Bewegung schon Erfolg gehabt. Die Europäische Union ist das bevorzugte Ziel des Populismus, der die Unvollkommenheit der europäischen Einigung für seine nationalistischen Ziele missbraucht.

Bitte wenden!

Zerstörung ist leichter als Aufbau. Weil die europäische Integration, das einmalige Projekt für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt, ernsthaft in Frage gestellt wird, wollen wir in Bremen und Bremerhaven anlässlich des Jahrestages der Römischen Verträge öffentlich die europäische Flagge zeigen.

Wir erwarten von der europäischen Politik auf allen Ebenen, dass sie die wesentlichen Vorhaben jetzt gemeinsam anpackt und damit die Bürgerinnen und Bürger erneut für Europa gewinnt: Schaffung einer starken Säule sozialer Rechte; Vollendung des Binnenmarktes vor allem im digitalen Bereich; Aufbau einer Energieunion für Klimaschutz und Versorgungssicherheit; Vollendung der Bankenregulierung; Verhinderung von Steuervermeidung und Steuerbetrug; eine solidarische Flüchtlingspolitik bei Kontrolle der Außengrenzen und eine verstärkte Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Dazu ist es notwendig, zur Fähigkeit zum Kompromiss und zum solidarischen Ausgleich der Interessen zurückzukehren. Nationale Interessen sind legitim; aber gemeinsame Lösungen bieten am Ende größere Vorteile für alle. Klar ist, dass sich auch die Europäische Union dafür weiterentwickeln muss; Handlungsfähigkeit, Bürgernähe, Transparenz und Solidarität sind dafür die Maßstäbe.

Wir selbst verpflichten uns, die Politik der Europäischen Union mit den gleichen Maßstäben zu beurteilen wie andere Politik; sie fair in der Sache zu kritisieren, wo das notwendig ist, ohne dabei ihre Legitimität insgesamt in Frage zu stellen. Wir wollen die Bedeutung Europas in unseren eigenen Organisationen hervorheben und den Menschen in unserem Umfeld besser vermitteln. Und wir werden den Kräften, die unter dem trügerischen Mantel der „nationalen Souveränität und Größe“ und des „wahren Volkswillens“ auftreten, selbst bewusst entgegentreten. Denn ob es um den globalen Ausgleich zwischen Nord und Süd geht, um Klimawandel und Naturschutz, um die wirksame Kontrolle der Banken, um soziale Regulierung der Märkte oder um die innere und äußere Sicherheit: Keine dieser großen Herausforderungen kennt Grenzen und kann heute von einer Nation allein gelöst werden.

„Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint“, hieß es im Aufruf zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Wir wollen dabei helfen, dass dies von der Vision zur Realität wird.

Europa-Union Bremen

Bremen, den 25. März 2017

Ich unterstütze diesen Aufruf:

Name ggf. Organisation Unterschrift

Name ggf. Organisation Unterschrift

Name ggf. Organisation Unterschrift

Schicken Sie bitte den Aufruf unterschrieben (handschriftlich oder elektronisch) bis zum 20. März an: lv.bremen@europa-union.de oder z. Hd. H. Kuhn, Lessingstr.10, 28203 Bremen.